

Lange dämpft Begeisterung über größte Freihandelszone der Welt

Interview: Thomas Strünkelnberg, dpa

Europa und die USA wollen über einen riesigen gemeinsamen Wirtschaftsraum verhandeln - die Begeisterung auf beiden Seiten des Atlantiks dürfte groß sein. Doch ein SPD-Handelsexperte warnt vor zu viel Euphorie: Noch seien viele Fragen offen.

Brüssel (dpa Insight) - Der SPD-Europaparlamentarier Bernd Lange hat die USA zu Zugeständnissen in den anstehenden Verhandlungen mit der EU über die größte Freihandelszone der Welt aufgefordert. Vor allem mit ihren Agrarprodukten drängten die Amerikaner auf den europäischen Markt, erklärte der handelspolitische Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion des Europaparlaments im Interview mit dpa Insight EU. Hormonfleisch, geklontes Fleisch, mit Chlorlauge gespülte Hähnchen oder genetisch veränderte Organismen seien in Europa aber nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen erlaubt.

Es gebe Zulassungsverfahren und eine Kennzeichnungspflicht. «Hormonfleisch müsste also entsprechend gekennzeichnet werden. Das wäre eine Kompromisslinie, die ich mir vorstellen könnte», sagte Lange.

Ein solcher Kompromiss könne auch Modellcharakter bekommen, betonte er: «Klare Zulassung nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten und Kennzeichnungspflicht.» Er räumte ein, der erhoffte wirtschaftliche Vorteil für die Amerikaner sei unter diesen Umständen fraglich. «Denn wer würde solches Fleisch in Europa kaufen?» Dennoch führe an einer solchen Regelung kein Weg vorbei.

Noch vor Ende Juni wollen die Europäische Union und die USA mit den Verhandlungen über den gemeinsamen Wirtschaftsraum beginnen. Handelsbarrieren sollen eingerissen und mehr Wachstum und Wohlstand auf beiden Seiten des Atlantiks geschaffen werden. Studien zufolge könnte der Handelspakt jährliche Extraeinnahmen von 119 Milliarden Euro für die EU und 95 Milliarden Euro für die USA bescheren.

Auf die USA und die EU entfallen etwa die Hälfte der weltweiten Wirtschaftsleistung und 30 Prozent des Welthandels. Die beiden Blöcke hatten sich für direkte Gespräche entschieden, weil die Verhandlungen über ein weltweit gültiges Freihandelsabkommen im Rahmen der sogenannten Doha-Runde in einer Sackgasse sind.

Ein «äußerst sensibles Thema» in den Gesprächen sei der Datenschutz, erklärte Lange. Die Auffassungen dazu seien grundsätzlich unterschiedlich. «Es gibt nicht wie bei uns das Recht, dass die personenbezogenen Daten Teil der Privatsphäre des Einzelnen sind und geschützt werden müssen.»

Ähnlich beim Urheberrecht: Das amerikanische Copyright basiere auf dem Verwertungsinteresse von Unternehmen - «während wir in der Europäischen Union stärker vom Urheberrecht ausgehen. Das bedeutet, derjenige, der geistig etwas produziert, soll das Recht daran erhalten - und auch das Recht, dafür entlohnt zu werden» Zugeständnisse werde die Europäische Union vermutlich bei gemeinsamen technischen Standards machen müssen, sagte Lange.

dpa: Herr Lange, die Europäische Union und die USA wollen die größte Freihandelszone der Welt schaffen. Die EU und die USA stehen gemeinsam für etwa die Hälfte der weltweiten Wirtschaftsleistung und 30 Prozent des Welthandels. Wie beurteilen Sie dieses Vorhaben?

Lange: «Das ist eine ganz große Nummer. Daher muss man ganz genau prüfen, welche Konsequenzen das Abkommen für Länder außerhalb dieser beiden Blöcke hat - und wie diese Handelsbeziehungen gestaltet werden. Zum ersten Punkt: Es ist nicht ohne, wenn 50 Prozent der Wirtschaftsleistung und ein Drittel des Handels sich zusammenschließen. Das hat Auswirkungen auf andere Länder, auf große wie China, aber auch auf viele kleine Länder. Das muss bedacht werden. Zum anderen geht es darum, die Vorteile, die zweifelsohne mit dem Abkommen verbunden sind, so zu gestalten, dass es keine negativen Effekte für die Menschen in Europa gibt.»

dpa: Der Handelspakt soll jährliche Extraeinnahmen von 119 Milliarden Euro für die EU und 95 Milliarden Euro für die USA bringen. Da ist natürlich die Euphorie groß - wie sehen Sie das?

Lange: «Ich genieße diese Prognosen immer mit einiger Vorsicht. Aber es gibt ein paar harte Fakten, die man benennen kann: So gibt es in der Automobilindustrie Zölle für Personenwagen, die in den USA bei 2,7 Prozent liegen, in Europa bei 10 Prozent. Es gibt aber viele deutsche Hersteller, die in den USA produzieren - beispielsweise BMW - und die Produkte nach Europa importieren und auch Zölle zahlen müssen. Weil das Volumen des Handels mit Automobilen so groß ist, würden diese geringen Zollsätze jährlich etwa eine Milliarden Euro an Ersparnis für die deutsche Autobranche bringen, wenn sie wegfallen. Das ist schon ein Wort.

Es gibt aber auch viele Fragen, wenn man sich etwa die offensiven Interessen der Vereinigten Staaten anschaut, die vor allem im Agrarsektor auf den europäischen Markt kommen wollen. Dort legen wir im Rahmen des Vorsorgeprinzips andere Maßstäbe an - Stichwort Hormonfleisch, geklontes Fleisch, mit Chlorlauge gespülte Hähnchen oder genetisch veränderte Organismen. Das lassen wir nicht oder nur unter ganz bestimmten Bedingungen zu. Und ich bin eigentlich auch nicht bereit, das in Frage stellen zu lassen. Insofern gibt es eine Reihe von Problemen im Kleingedruckten, die die Euphorie ein klein wenig bremsen könnten.»

dpa: Wie könnte denn eine Lösung aussehen?

Lange: «Wir haben im Bereich der genetisch veränderten Organismen eine Gesetzgebung, die über Jahre gewachsen ist. Es gibt ein Zulassungsverfahren und eine Kennzeichnungspflicht. Das könnte ein Modell sein auch für andere Dinge, die unter das Vorsorgeprinzip fallen - klare Zulassung nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten und Kennzeichnungspflicht.»

dpa: Die Amerikaner müssten also eine ganze Reihe der europäischen Regelungen übernehmen.

Lange: «Genau. Hormonfleisch müsste also entsprechend gekennzeichnet werden. Das wäre eine Kompromisslinie, die ich mir vorstellen könnte. Wobei ich nicht sicher bin, ob dies dann letztlich den ökonomischen Effekt hat, den man sich wünscht. Denn wer würde solches Fleisch in Europa kaufen? Aber daran führt kein Weg vorbei. Wir hatten schon das Beispiel eines Schokoriegels, der mit gentechnisch veränderten Produkten hergestellt wurde und entsprechend gekennzeichnet sein musste. Der ist nicht gekauft worden und wurde vom Markt genommen. Das Risiko für die Produzenten besteht also.»

dpa: Die Frage ist, ob sich die USA darauf einlassen.

Lange: «Das muss man ganz nüchtern sehen. Es gibt ein paar Dinge, bei denen man sich einigen kann, etwa bei den Zöllen. Dann wird es allerdings etwas vertrackter, zuerst bei den technischen Standards. In den USA ist die Souveränität der Bundesstaaten sehr groß in der Frage des Setzens von technischen Standards, aber auch bezüglich des

Gewerkschaftsrechts. Nicht umsonst geht Airbus nach Alabama, bekanntermaßen das Land mit den wenigsten Möglichkeiten für Arbeitnehmervertretungen. Da gibt es so viele Differenzierungen innerhalb der Vereinigten Staaten, dass man sehr darauf achten muss, eine Regelung zu bekommen, die durchgreift. Man darf aber nicht der Illusion anhängen, alles regeln zu können.»

dpa: Sie erwähnten bereits die offensiven Interessen der Amerikaner, es gibt aber auch defensive Interessen auf beiden Seiten des Atlantiks. Wie sieht es da aus?

Lange: «In den Vereinigten Staaten gibt es schon Befürchtungen, dass die Europäer etwa im Maschinenbau den Markt dominieren. Es gibt nicht wie in Europa einen Verband der Maschinenbauer, keine standardisierten Geräteanforderungen, keine Normen. Von daher wird es schwierig, die defensiven Interessen zu kodifizieren. Auch in der öffentlichen Beschaffung macht es Wettbewerb möglich, dass europäische Anbieter mehr vom Kuchen abbekommen. Auf der Bundesebene gibt es sicher Bereitschaft, die öffentliche Beschaffung weiter zu öffnen, aber in den einzelnen Bundesstaaten sind die Interessen defensiver. Es kann auch nicht sein, dass der "Buy-American-Act" auf Bundesebene beseitigt wird, aber der "Buy-Californian-Act" beibehalten wird.»

dpa: Ein wichtiges Thema in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum ist der Datenschutz - ein Thema, das zwischen EU und USA für Differenzen sorgt.

Lange: «Ein äußerst sensibles Thema. Wir haben mit den Vereinigten Staaten über den Teilaspekt des Datenschutzes schon intensiv verhandelt - etwa mit Blick auf die Weitergabe von Fluggastdaten oder der Daten von Kontobewegungen. Aber wir haben grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen des Datenschutzes. In den USA gibt es einzelne Regelungen, die im Wesentlichen auf dem Recht des freien Zugangs zu Informationen basieren. Aber es gibt nicht wie bei uns das Recht, dass die personenbezogenen Daten Teil der Privatsphäre des Einzelnen sind und geschützt werden müssen. Da haben wir einen eklatanten Widerspruch, beispielsweise gibt es in den USA keine Vorschrift, wie lange man Daten vorhalten darf. Da muss es noch viele Detailregelungen geben, wenn amerikanische Firmen auf dem europäischen Markt Dienstleistungen anbieten.»

dpa: Ähnlich strittig dürfte es beim Urheberrecht sein.

Lange: «Ganz genau, da sind wir wieder bei einem offensiven Interesse der Vereinigten Staaten, die ähnlich wie im Acta-Abkommen einen besseren Schutz der Verwertungsinteressen der großen amerikanischen Medienkonzerne sicherstellen wollen. Auch hier gibt es einen fundamentalen Unterschied in der Rechtsauffassung: Das Copyright-System basiert auf dem Verwertungsinteresse von Unternehmen, während wir in der Europäischen Union stärker vom Urheberrecht ausgehen. Das bedeutet, derjenige, der geistig etwas produziert, soll das Recht daran erhalten - und auch das Recht, dafür entlohnt zu werden. Es wird schwerlich durchsetzbar sein - und ich werde auch dagegen streiten -, dass die Acta-Ansätze auf dem Wege eines Handelsabkommens wieder auf den Tisch kommen.»

dpa: Wenn man über einen derartigen Wirtschaftsraum verhandelt, muss man sich auch Gedanken über die Arbeitnehmer machen - und deren Rechte. Und was in Europa auch eine wichtige Rolle spielt, sind Umweltstandards. Wie beurteilen Sie da die Aussichten?

Lange: «Das wird eine spannende Frage werden. Die Vereinigten Staaten sind eines der Länder, die die wenigsten Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert haben, genauer gesagt sind es 12 von 180. Die Frage der Versammlungsfreiheit und vor allem die Rechte von Gewerkschaften, diese ILO-Konventionen sind nicht ratifiziert worden. Das ist aber ein Kernbestandteil des europäischen Verständnisses von sozialem Dialog, den wir auch in anderen Abkommen einfordern. Ich kann mir nur schwer vorstellen, dass wir das

beispielsweise von Korea oder Kolumbien eingefordert haben, von den USA aber nicht einfordern. Wenn das nicht vernünftig vereinbart wird, dürften wir im EU-Parlament kaum eine Mehrheit bekommen. Da hätten amerikanische Arbeitnehmer und Gewerkschaften auch einen Vorteil, weil sich ihre Situation mit dem Abkommen verbessern könnte.

Das gilt natürlich auch für Umweltstandards. Und wenn man den Markt für öffentliche Beschaffung stärker öffnet, dann müssen fundamentale Standards der Arbeitnehmerrechte und Umweltstandards erfüllt werden.»

dpa: Es sieht so aus, als müsse die amerikanische Seite aus ihrer Sicht einige Kröten schlucken. Bei welchen Punkten gehen Sie davon aus, dass es schwer wird, sie den Europäern zu vermitteln?

Lange: «Das werden schon die Standards sein. In den vergangenen Jahrzehnten haben beide Wirtschaftsblöcke versucht, ihre jeweiligen Standards global zu verankern. Ein Beispiel sind die Zulassungsverfahren und Abgasgrenzwerte bei Autos - dort hat Europa einen leichten Vorteil. Unsere Abgasgrenzwerte und Zulassungsbedingungen sind im Wesentlichen von Indien und China übernommen worden. Das fanden die Amerikaner nicht sehr charmant. An dieser Stelle wird man Zugeständnisse machen müssen. Und es ist vernünftig, da zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen, weil es Kosten spart und letztlich den Verbrauchern Sicherheit gibt.»

dpa: Wenn man sich an dieser Stelle einigte, würde das bedeuten, die übrigen Abkommen anpassen zu müssen?

Lange: «Wir müssten nicht neu verhandeln, aber die Ergebnisse berücksichtigen. Wir müssen die Auswirkungen auf andere bedenken. Wenn hier etwas zwischen den USA und der EU vereinbart wird, dann kann man davon ausgehen, dass es ein globaler Standard wird. Und damit wird der Prozess der WTO (Welthandelsorganisation oder "World Trade Organisation" (WTO); Anmerkung der Red.) determiniert von einem Abkommen. Das muss man berücksichtigen, damit man sich nicht durch die erhofften Vorteile Feinde auf der anderen Seite macht. Aber wenn in den USA die Blinker eher rot sind und hier eher orange, dann muss man eine vernünftige Lösung finden, die dann möglicherweise ein globaler Standard sein kann.»

dpa: Wie schnell kann der Prozess denn unter diesen Umständen vorankommen?

Lange: «Ein bisschen muss ich die allgemeine Begeisterung dämpfen, Realismus ist angezeigt. Das Abkommen kann viele Vorteile bringen und die Früchte, die unten hängen, die sollte man auch ergreifen, weil das einfacher ist. Aber dann kommt die zeitliche Dimension ins Spiel: Es gibt einen Entwurf des Mandats für den Rat, das Mandat wird im Juni verabschiedet und die Kommission beginnt zu verhandeln. Am 25. Mai 2014 sind Europawahlen, also wird dieses Parlament wahrscheinlich nicht mehr darüber entscheiden. Ende nächsten Jahres endet aber auch die Legislaturperiode der Kommission, also ist vermutlich das Interesse groß, das in diesem zeitlichen Rahmen abzuwickeln. In den Vereinigten Staaten stehen in anderthalb Jahren Zwischenwahlen an, und kurz vorher wird man wohl kein Abkommen, das größere Zugeständnisse der USA erfordert, verabschieden können.

Also steht ein Korridor von einem Jahr zur Verfügung. Und in diesem Jahr wird man nur das lösen können, was einfach zu lösen ist. Die andere Option ist, dass sich die Verhandlungen über Jahre oder gar Jahrzehnte hinschleppen, aber das will von den politischen Akteuren niemand. Daher lautet meine Prognose, dass man sich auf die Dinge fokussieren wird, die vergleichsweise unkompliziert zu lösen sind.»

dpa: In diesem Fall ist es natürlich schwer, die erhofften Zahlen zu erreichen.

Lange: «Im Grunde müsste man den Schritt wagen, bei den Zöllen auf Null zu gehen. Im Moment exportiert die Europäische Staaten etwas mehr in die Vereinigten Staaten als umgekehrt, aber der Vorsprung ist nicht groß. Von einem solchen Schritt würden also beide Seiten profitieren. Dazu kommt der Marktzugang und damit zusätzliche Geschäfte.»

dpa: Es gibt in den letzten Jahren eine deutliche Tendenz zu bilateralen Abkommen. Sind damit die stockenden Doha-Gespräche endgültig am Ende?

Lange: «Das ist vermutlich ein Sargnagel. Ich bedaure das, aber das muss man so nüchtern sehen. Es bewegt sich nichts bei den Gesprächen. Und angesichts der ökonomischen Lage, in der Wachstumsimpulse gebraucht werden, ist es vertretbar, dass man bilaterale Verträge abschließt. Aber die Wirtschaftskrise wird so nicht beseitigt, da darf man sich keinen Illusionen hingeben. Dafür müssten ganz andere Dinge angepackt werden. Eine spannende Frage in den Verhandlungen ist auch, was mit dem Finanzsektor und der entsprechenden Regulierung passiert. Wenn man die Finanzplätze in Europa und Amerika gemeinsam regulierte, dann könnte man auch global einiges bewirken.»

dpa tst wdw